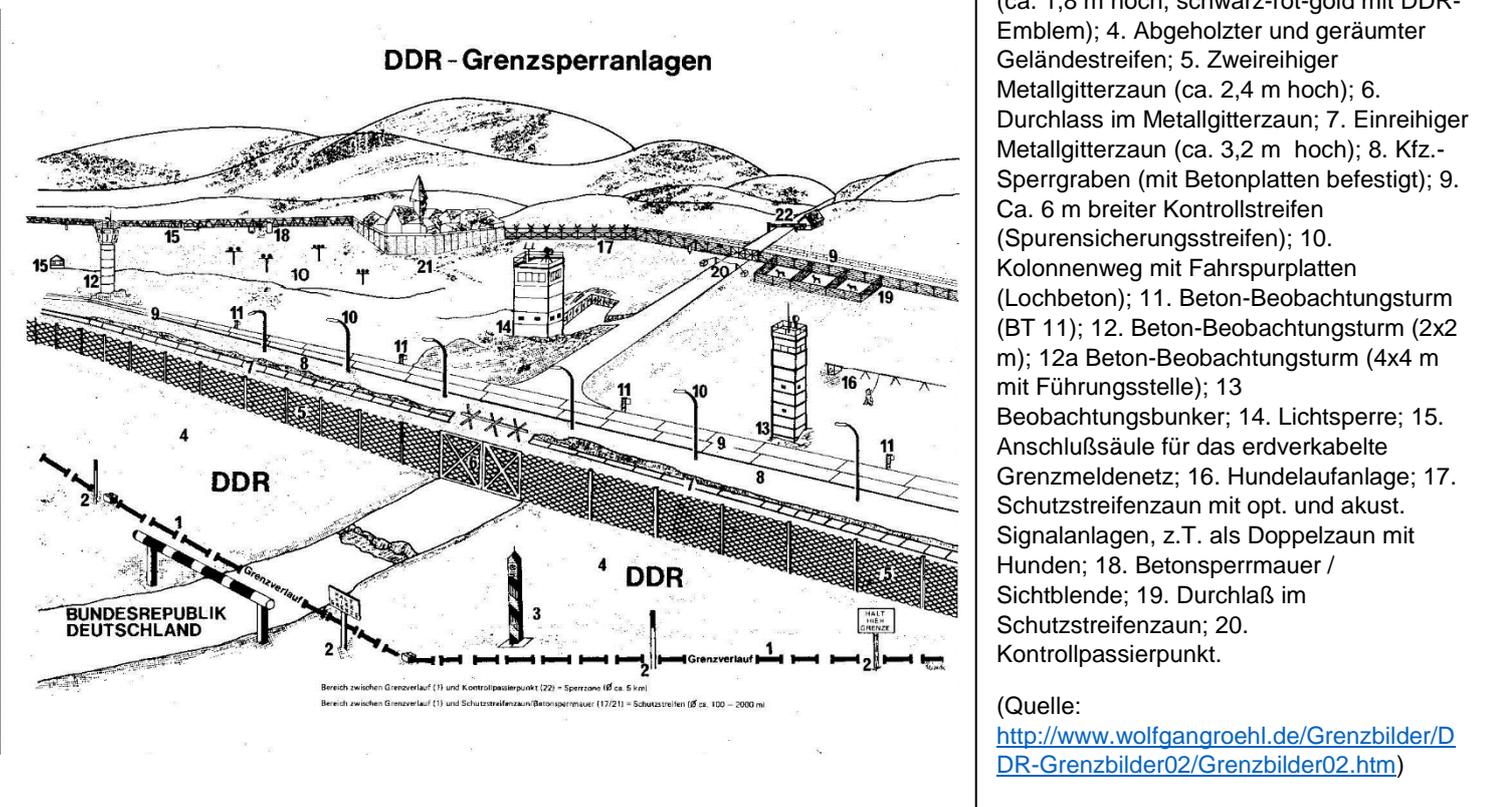


Die innerdeutsche Grenze und ihre Auflösung

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer geöffnet wurde, war dies der Anfang einer Grenzöffnung, die nicht nur viele weitere Übergänge an der 161 km langen Berliner Mauer, sondern auch die gesamte innerdeutsche Grenze betraf, die von der Ostsee bis an die bayrisch-tschechische Grenze knapp 1.400 Kilometer lang war.

Seit 1952 waren die Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen, seit 1961 wurden sie zunehmend militarisiert – diese Entwicklung ließ erst Mitte der 80er-Jahre wieder nach, als die DDR die Selbstschussanlage auf ihrer Seite der Grenze zurückbaute.

Rund 12.000 Personen sind zwischen 1952 und 1961 entlang der Grenze in zwei Aktionen der DDR-Regierung ausgesiedelt worden (1952 Aktion „Ungeziefer“ und 1961 Aktion „Festigung“), denn zum Westen hin wurde eine 5-km-Sperrzone und ein 500m-Schutzstreifen errichtet. Dafür wurden etwa 50 Orte und Bauernhöfe ganz geschleift. 2,5 Millionen Menschen flüchteten noch bis zum August 1961, als die Grenze hermetisch verschlossen wurde. An der Grenze setzte die DDR Schusswaffen gegen sog. „Grenzverletzer“ ein. Diese Abriegelung wurde verstärkt durch das Ausbringen von Bodenminen (ab 1961 bis 1985) und Selbstschussgeräten (sog. Splitterminen; ab 1971 bis 1984). Die Grenze wurde durch besonders ausgebildete Grenztruppen geschützt (mehr als 40.000), denen Zehntausende weitere Sicherheitskräfte zur Seite standen. Grenzmauern wurden in der Regel nur an den Stellen errichtet, an denen die Besiedelung der DDR besonders nah an den Grenzbereich ging – meist blieb es bei einem System von mehreren gestaffelten Zäunen, zwischen denen das Land gerodet wurde.



Innerhalb der 5-km-Sperrzone brauchten Bürger der DDR spezielle Passierscheine und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS oder Stasi) führte spezielle „Grenzgefährdetenkarteien“ (GGK) für Personen, denen am ehesten ein „Grenzdurchbruch“ zugetraut wurde. Die Zahl der Todesopfer an der Grenze variiert: zwischen einer Mindestzahl von 270 und einer Maximalzahl von 1676. Die Behörde, die die Opfer in der Bundesrepublik dokumentiert hat, „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ in Salzgitter zählte 872 Todesopfer; die Behörde hat ihre Arbeit aber 1992 eingestellt. Unklar wird z.B. bleiben, wie viele in der Ostsee ertrunken sind.

Anwohner der Grenze erhielten in der DDR einen Grenzzuschlag für den Nachteil, extrem abgeschottet zu wohnen (ca. 100 Mark im Monat). In der Bundesrepublik gab es die sog. „Zonenrandfördergebiete“, die finanzielle Zuwendungen z.B. zur Industrieansiedlung erhielten.

Die DDR verfügte über einen 640 km langen Grenzbereich an der Küste, von dem vor allem der Bereich ganz westlich zwischen Wismar und Lübeck in der Lübecker Bucht unter besonderer Beobachtung stand: Dort errichtete man nicht nur Mauern, Zäune und Wachtürme und beleuchtete den Strand nachts, sondern man setzte auch sog. „Grenzschiffe“ ein. An der Seegrenze wurden zwischen 1961 und 1989 mehr als 4000 DDR-Bürger als „Grenzverletzer“ festgenommen. Man schätzt, dass ca. 600 die Flucht übers Meer gelungen ist.

Die DDR setzte zwischen der Grenze und dem ersten Grenzzaun sog. „Grenzaufklärer“ ein. Diese Beamten hatten die Aufgabe, die Grenze gegenüber der Bundesrepublik zu schützen („Grenzaufklärung feindwärts“)- dies drückte sich z.B. darin aus, dass Bundesbürger in der Nähe der Grenze von ihnen fotografiert wurden und dies Fotos weiter ins Ministerium für Staatssicherheit geleitet wurden. Die hauptsächliche Arbeit bestand aber tatsächlich in der „Grenzaufklärung freundwärts“, also darin, „ungesetzliche Grenzübertritte“ von DDR-Bürger schon frühzeitig zu erkennen und diese am Verlassen ihres Staates zu hindern.

Ein neuralgischer Punkt, über dessen genaue Markierung bis 1989 Unklarheit bestand, war die Elbgrenze. Ca. 100 km lang ging die Bundesrepublik offiziell immer davon aus, dass die Grenze am östlichen Ufer der Elbe gelegen sei, wohingegen die DDR die Elbe bis zur Strommitte beanspruchte. Hieraus entstanden zahlreiche Grenzzwischenfälle. Heute verkehren zwischen den beiden Ufern häufig Fähren, wo vor 1989 vor allem Grenzboote fuhren.

1973 wurde die Grenze nach dem Inkrafttreten der innerdeutschen Verträge etwas durchlässiger. Neben den transitstrecken nach Berlin wurden weitere Straßengrenzübergänge geöffnet, um einen „grenznahen Verkehr“ zu ermöglichen. Von 58 grenznahen Stadt- und Landkreisen aus der Bundesrepublik konnte man nun einen Tagesaufenthalt in 54 grenznahen Kreisen in der DDR planen – selbstverständlich nur von west nach Ost. Schon seit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin 1971 hat sich dort die Lage für die eingeschlossenen West-Berliner ein wenig entspannt, als die Transitwege in die Bundesrepublik für sie garantiert wurden. Andererseits wurde in Berlin noch bis 1989 an der Grenze gegen sog. „Republikflüchtige“ die Schusswaffe eingesetzt.

Seit 1989 wurden Dutzende neue Grenzübergänge geschaffen (BILD), die begeisterten Freudenkundgebungen der Anfangswochen wichen aber schnell einer gewissen Routine, an vielen Stellen sogar einer grundlegenden Skepsis und einem Befremden zwischen Ost- und Westdeutschen. Von der Grenze blieb nicht viel übrig: Einzelne Grenzanlagen wurden bewahrt, vieles wurde aber abgerissen. Allein der sog. „Kolonnenweg“, der Fahrweg direkt hinter dem Grenzzaun blieb auf den gesamten 1400 km erhalten. Auch bei der Berliner Mauer waren bis Ende 1990 fast alle Elemente entfernt. Teile der Mauer wurden international versteigert, die meisten Segmente wurden aber geschreddert und im Straßenbau erneut verbaut.

Schwierig gestaltete sich die Hebung der verlegten Minen, deren Zahl in die Millionen ging – die Selbstschussgeräte waren aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Der DDR schon 1984 abgebaut worden. Nicht alle Minen wurden gefunden – bei einer Überprüfung der Minenprotokolle fehlten mehr als 30.000 Minen. Bis heute finden sich immer wieder einzelne Minen, weshalb es immer noch als gefährlich gilt, in ehemaliger grenznähe den Weg zu verlassen. Noch war aber kein Minenopfer zu beklagen seit der Deutschen Einheit.

Die Grenze hat sich in den fast 40 Jahre ihrer hermetischen Abriegelung zu einem einzigartigen Biotop für Pflanzen und Tiere entwickelt, die dort weitgehend ohne menschliche Einwirkung leben konnten (wenn man von den Bodenminen absieht). Besonders viele seltene Vogelarten habe sich im Grenzgebiet zurückgezogen, sodass nach der Einheit Umweltschützer dafür plädierten dieses Refugium zu erhalten. Hieraus entstand das Projekt „Grünes Band“. Daneben finden Wanderer und Radfahrer entlang von „Grenzwegen“ eine Vielzahl von Info-Tafeln, Gedenksteinen und Gedenkstätten entlang der ehemaligen Grenze – die Grenze wurde inzwischen also musealisiert.

Seit dem Ende der Zonenrandförderung 1994 und der gezielten Förderung der östlichen Bundesländer in den 90er-Jahren hat sich das Förderungsgefälle umgedreht: Viele Landkreise im ehemaligen Westen schielen neidisch auf die Sonderförderungen für die östlichen Länder, deren Standorte häufig nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt liegen. Dies hat auch dazu geführt, dass Betreiber oft nur wenige Kilometer weiterziehen mussten, um deutlich bessere betriebliche Bedingungen vorzufinden.

(nach: Jürgen Ritter, Peter Joachim Lapp: Deutschland Grenzenlos, Berlin: Ch. Links 2014)

